

Stellungnahme des DGB-Stadtverbandes Düsseldorf zum Haushalt der Stadt Düsseldorf 2017

Düsseldorf wächst! Die Stadt genießt über die Landesgrenzen hinaus den Ruf, eine hohe Lebensqualität und eine solide Wirtschaftsstruktur zu besitzen. Gleichwohl bedeutet eine wachsende Stadt, sich den Herausforderungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu stellen und kontinuierlich die gemeinwohlorientierten Lebensbedingungen innerhalb der Stadt zu verbessern. Für den DGB und die Gewerkschaften stellen sich bei dem stetigen Bevölkerungszuwachs in die bestehende Stadtstruktur auch Fragen hinsichtlich Arbeitsmarkt, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Wirtschaftsstandort als auch hinsichtlich des Wohnungsmarktes. Weiter werden Fragen zur Verkehrs- und Infrastrukturpolitik aber auch zu einem gelungenen Integrationskonzept für geflüchtete Menschen nur in Teilbereichen mit dem vorliegenden Etatentwurf beantwortet.

Generell ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt zu begrüßen. Allerdings birgt er durch die eingeplanten Ausschüttungen der Beteiligungsunternehmen und ohne klare Erkenntnis über die Einnahmen aus der Gewerbesteuer immer ein Risiko, wie eben der Gefahr von hohen Rückzahlungen bei der Gewerbesteuer. Die Gewerkschaften fordern deshalb, dass auch in der Stadt Düsseldorf eine begründete Kreditaufnahme, aufgrund der aktuell großen Herausforderungen für Ausgaben in die Zukunft der Stadt, nicht kategorisch ausgeschlossen werden darf. Es ist sinnvoll, Investitionen zum Teil über Kredite zu finanzieren und das besonders in einer Niedrigzinsphase. Die Veräußerung von Tafelsilber wie z.B. von RWE-Aktien oder dem Flughafengelände wären einmalige Effekte und tragen somit nicht zu einer dauerhaften Haushaltsentlastung bei.

Für die Gewerkschaften stehen bei den aktuellen Haushaltsberatungen acht Kernthemen im Mittelpunkt:

Geflüchtete

Die Stadt Düsseldorf hat in den letzten Monaten Enormes bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise gemeinsam mit den tausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet. Zum Stichtag 31. Oktober sind in Düsseldorf 5.408 Asylsuchende und 2.332 Flüchtlinge mit verfestigten Aufenthaltsstatus, insgesamt also 7.740 Menschen in kommunalen Einrichtungen untergebracht. Ein Großteil der Geflüchteten kommt aus Syrien und hat eine positive Bleibeperspektive.

Deshalb begrüßt der DGB und die Gewerkschaften, dass das beim Thema Integration für die Landeshauptstadt einen wichtigen Baustein für das kommende Jahr darstellt. Ebenfalls befürworten wir den geplanten Düsseldorfer Integrationsweg, bei dem die Dienstleistungskette mit den Themen Spracherwerb, Arbeit und Wohnen überprüft, neu strukturiert und entsprechend ergänzt werden soll.

Bei den anfallenden Kosten, die für eine solide Integration bereitgestellt werden müssen, fordern wir die Stadt auf, ihren Einfluss auf die Landesregierung NRW geltend zu machen, um die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für Geflüchtete und Integration, eins zu eins weitergeleitet zu bekommen.

Wohnraum

Wohnen zu bezahlbaren Mieten ist ein elementares Grundbedürfnis und zugleich eine wichtige Zukunftsaufgabe für die Stadt. Es muss sich verstärkt für ausreichend bezahlbaren Wohnraum eingesetzt werden. Deshalb begrüßen wir die Anstrengungen der Stadt, pro Jahr bis zu 3.000 neue Wohnungen bereitstellen zu wollen. Wohnen in Düsseldorf ist zum Luxusgut geworden. Vor diesem Hintergrund braucht es dringend mehr bezahlbare, mehr altersgerechte und zugleich energieeffiziente Wohnungen. Die politischen Rahmenbedingungen für bedarfsgerechte Investitionen in den Wohnungsbestand und in den Wohnungsneubau müssen dringend verbessert werden. Ein wachsender Teil des Wohnungsbestandes ist wirtschaftlich nicht mehr sanierungsfähig (aufgrund ungünstiger Zuschnitte der Wohnungen, oder zu hoher Sanierungskosten) und muss durch Neubau ersetzt werden.

Stadtverwaltung

Das Personalkostenbudget der Stadtverwaltung muss erhöht werden. Es gibt einen erhöhten Personalbedarf bei städtischen Dienstleistungen und in der Verwaltung. Treiber sind die verstärkte Kommunalisierung von Aufgaben und veränderte gesetzliche Anforderungen gegenüber den Kommunen.

Alleine die geplante Erhöhung des Budgets um nur 1% - diese decken noch nicht einmal die jetzt bereits bekannten Tarifsteigerungen für die Beschäftigten in 2017 - führt zu weiteren Einschnitten. Angesichts des Aufgabewachstums sind die Beschäftigten bei der Stadt Düsseldorf jedoch an ihrem Leistungslimit angekommen. Durchschnittlich 1000 unbesetzte Planstellen in der Stadtverwaltung sind inakzeptabel. Die darüber hinaus mittel- und langfristig geplanten Stellenstreichungen würden das Problem, der Überlastung der Beschäftigten und der Serviceverschlechterungen, für den Bürger nur verschärfen. Das spüren die Bürgerinnen und Bürger bereits heute schon und werden es zukünftig heftiger spüren, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.

Einnahmen steigern

Die Diskussionen um den Haushalt 2016 haben letztes Jahr bereits gezeigt, dass die Einnahmen der Stadt für die vielen Aufgaben, Herausforderungen und sozialen Probleme bei weitem nicht ausreichen. Die finanziellen Bedarfe allein für ausreichend bezahlbaren Wohnraum, für genügend Kindertagesstätten, Schulen, Kultur, Bürgerdienste und Soziales – gegen Armut, Obdachlosigkeit und für die Integration von Geflüchteten - belaufen sich auf mindestens 300 Millionen Euro pro Jahr, die nicht aus den bisher gewöhnlichen Einnahmen der Stadt zu stemmen sind. Diese notwendigen finanziellen Mittel, die im KfW-Kommunalpanel 2016 als Investitionsstau vieler Kommunen mit bundesweit insgesamt 136 Milliarden Euro berechnet sind, sind auch nicht durch Privatisierungen – die wir auch wegen ihrer langfristigen negativen Auswirkungen ablehnen – und auch nicht durch Grundstücksverkäufe aufzubringen. Deshalb müssen die notwendigen Einnahmen dringend auf einem anderen Wege generiert werden. Kurzfristig sollte dazu eine angemessene Erhöhung der Gewerbesteuer nicht außer Betracht gelassen werden. Erhöhungen oder gar Neueinführungen von Gebühren und Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab. Wir erwarten, dass sich die Stadt stark macht für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre und für eine Erbschaftssteuer, bei der nicht über 90% der Erben für diese leistungslosen Einkommen steuerfrei bleiben.

Bildung

Es muss weiter viel Geld für die Bildung in die Hand genommen werden, nicht zu zuletzt wegen der schulischen Versorgung der Geflüchteten in unserer Stadt. Düsseldorf hat dieses Geld, so z.B. bei der Millionen-Bezuschung des Grand Depart. Die Stadt ist auf dem Weg, ihr Versprechen einzulösen, für die schulische Versorgung der Flüchtlinge die erforderlichen Erweiterungsmaßnahmen zu schaffen.

Allen voran fordern wir wie voriges Jahr, dass die Sprach-/Integrationslehrer/-innen mit DaF- und DaZ-Zertifikation, wie die VHS-Dozentinnen, endlich angemessen bezahlt werden. Diese decken u.a. den wichtigen Bereich der Sprachkurse für nicht schulpflichtige Geflüchtete ab.

Es gibt 2 Gruppen von Dozent/-innen, bei denen für eine fast gleich Tätigkeit unterschiedlich bezahlt wird: Der frei zugängliche Deutschkurs mit 20 Teilnehmer/-innen bringt dem Dozenten 21,00 € pro Unterrichtsstunde ein, der Integrations-Deutschkurs mit ebenfalls 20 Teilnehmer/-innen - aber mit zusätzlichem Kontrollaufwand - wird mit 35,00 € pro UE vergütet. Ein krasser Unterschied.

Zum Haushaltsansatz 2017:

Die Erhöhung der Honorare 2016 von 19 € auf nicht auch nur annähernd angemessene 21 € pro Unterrichtsstunde wurde dabei keineswegs durch eine Erhöhung der Zuschüsse aus Mitteln der Stadt oder des Landes erreicht, sondern aus einer Erhöhung der Teilnehmergebühren, von Anfang 2015 bis ins zweite Halbjahr 2016 um satte 19%. Nach wie vor gilt für die Dozent/-innen: alle Versicherungen und Abgaben, Zeiten mit wenig Aufträgen oder Schließungszeiten müssen vom Honorar abgedeckt werden, bei Krankheit 100% Zahlungsausfall, so dass 1200 bis 1400 Euro am Monatsende übrig bleiben. Der DGB und die Gewerkschaften fordern daher kurzfristig eine öffentlich finanzierte Erhöhung der Stundenhonorare auf einheitliche 35 €.

Eine Erhöhung der Gebühren zur Erhöhung der Eigenfinanzierung für die Städtische Clara-Schumann-Musikschule von 33% auf 60% in den nächsten Jahren, wie sie von der Stadt ins Gespräch gebracht wurde, lehnen wir entschieden ab.

Die DGB und die Gewerkschaften lehnen die geplante Erhöhung der OGS-Beiträge als sozial unausgewogen ab. Die soziale Komponente ist nicht ausreichend berücksichtigt: eine Erhöhung von 30 € bei einem Bruttohaushaltseinkommen von 80.000€ und mehr bewegt sich monatlich im Promille-Bereich. Darüber hinaus lehnen wir Gebühren für die Ganztagsbetreuung grundsätzlich ab. Die Ganztagsbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Düsseldorf impliziert das eine Erhöhung der Gewerbesteuern, nicht den Griff in die Taschen der Eltern. Kostenlose Bildungseinrichtungen sind die Grundvoraussetzung für eine gerechte Bildungsfinanzierung.

Arbeit und Soziales

In Düsseldorf waren Ende Oktober 2016 immer noch 24.158 Menschen arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,4%. Positiv ist hierbei zu bemerken, dass die Beschäftigung im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum betrachtet stärker angestiegen ist, und dass sich die Zahl der Arbeitslosen in Düsseldorf seit Monaten fast kontinuierlich verringert. Besorgniserregend ist jedoch die Tatsache, dass unter den Erwerbslosen Ende Oktober 2016 9.420 Langzeitarbeitslose registriert sind. Dies entspricht einem Anteil von 39%. Der positive Anstieg an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen hat die Gruppe der Langzeitarbeitslosen also nicht erreicht.

Deshalb begrüßen wir die Zusammenarbeit bei den „i-Punkten für Arbeit“ von Renatec GmbH und Caritas zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, dem weitere folgen müssen.

Wirtschaft

Düsseldorf ist nicht nur in der Region, sondern auch national und international ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Dies unterstreichen ansässige Großkonzerne, der Hafen, die Messe, die jährlich rund 25.000 Ausstellerinnen und Aussteller und mehr als eine Million Besucherinnen und Besucher in die Landeshauptstadt zieht sowie der Flughafen, der mit knapp 20.000 Beschäftigten im und rund um den Flughafen und 22,5 Millionen Passagieren bei 210.208 Flugbewegungen eine entscheidende Rolle in NRW spielt. Dieser herausragenden Rolle muss auch der städtische Haushalt Rechnung tragen.

Die Gewerkschaften sprechen sich weiter für den Ausbau des Reisholzer Hafens aus, der sich am Bedarf der Düsseldorfer Industrie orientiert. Dabei müssen die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden. Einen Ausbau des Hafens zu einem überregionalen Logistikkreuz lehnen die Gewerkschaften ab.

Im Bereich der „Start-up“-Unternehmen hat Düsseldorf nach einer Untersuchung zur Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der 30 größten deutschen Städte nach einer Studie von Deloitte den achten Platz erreicht. In diesem Zusammenhang fordern die Gewerkschaften bei der geplanten Kampagne Düsseldorf als „start up Hub“, auf vernünftige Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Tarifverträge in den jeweils neugegründeten Unternehmen zu achten!

Verkehr und Infrastruktur

Nach den aktuellen Plänen des Bundesverkehrswegeplans durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, sind die Weichen bei der Verkehrsinfrastruktur für Düsseldorf und die Region bis 2030 gestellt. Somit sollen alle priorisierten Verkehrsprojekte realisiert werden.

In diesem Plan sind der Rhein-Ruhr-Express mit einem Halt in Benrath, der Ausbau der A 46 von Düsseldorf nach Hilden und der Ausbau der A 59 durch Duisburg als Fortsetzung der B 8 im Norden sowie der Autobahnkreuze Breitscheid, Kaarst und Meerbusch für die Umsetzung innerhalb der nächsten Jahre vorgesehen. Diese Projekte stehen im Bundesverkehrswegeplan in der höchsten Kategorie. Insgesamt dürfte die Umsetzung zu einer deutlichen Verkehrsentslastung führen, was angesichts eines drohenden innerstädtischen Verkehrsinfarktes dringend von Nöten ist.

All diese positiven Bauvorhaben dürfen jedoch nicht über die teils marode Infrastruktur innerhalb der Stadt hinwegtäuschen. Über 200 der 330 städtischen Brücken sind sanierungsbedürftig. Hier müssen deutlich mehr Investitionsmittel im Haushalt bereitgestellt werden, um diese Sanierungen zu bewerkstelligen. Der geplante Brücken-Masterplan kann nur ein erster Schritt in diese Richtung sein, dem weitere schnellstmöglich folgen müssen.

Betrachtet man alleine die Pendlerströme wird deutlich, dass ein Verkehrsleitbild Düsseldorf dringend erforderlich ist. Insgesamt pendeln alleine 212.924 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb ihrer eigenen Stadt. Hinzu kommen 289.134 Einpendlerinnen und Einpendler nach Düsseldorf und 92.743 Pendlerinnen und Pendler, die außerhalb von Düsseldorf ihren Arbeitsplatz haben. Diese Größenordnung muss sich in der Planung einer städtischen Infrastruktur, der Straßenverkehrsplanung sowie im ÖPNV wiederfinden.

Deshalb begrüßen die Gewerkschaften Investitionen in den ÖPNV von 47 Millionen Euro sowie Planungen zur Erweiterung eines Radwegenetzes.

Sigrid Wolf

Sigrid Wolf
DGB-Stadtverbandsvorsitzende Düsseldorf

